

„Ein Grund für Erleichterung und Freude“

Nach 42 Jahren Betrieb wird das Atomkraftwerk Fessenheim am 30. Juni abgeschaltet

Region (bos). Nach Jahrzehnten Verzögerungen wird das älteste französische Atomkraftwerk Fessenheim, in dem es immer wieder zu Störungen und Pannen gekommen war, am kommenden Dienstag, 30. Juni, vollständig stillgelegt. Die Geschichte des Atomkraftwerks Fessenheim ist untrennbar verbunden mit dem Widerstand dagegen.



Freuen sich über die Abschaltung des AKW Fessenheim: Christoph Gurliß (links) und Axel Mayer.
Foto: Martin Bos

Bereits 1962 schlug die Electricité de France (EDF) erstmals den Bau eines Kernkraftwerks in Fessenheim vor. Die Pläne für das AKW im Endbeleggebiet am Oberrhein sahen zu nächst ausgeblüht, graphisch reduzierte Reaktoren vor. Gebaut wurden letztendlich aber Druckwasserreaktoren. Mit dem Bau von Block I wurde am 1. September 1975 begonnen, Bauart war Block II wegen der Februar 1972. Ursprünglich war auf dem Gelände der Bau von vier Reaktoren vorgesehen, erst 1991 wurde der Bau der Blöcke III und IV endgültig abgeschlossen. Die Kernhaltungen begannen am 7. März beziehungsweise 27. Juni 1977. Der kommerzielle Betrieb begann 1978.

„Schon in der Planungsphase gab es die Anti-Atom-Bewegung in Elsass, die erst später nach Südbaden und in die Nord-Schweiz getragen wurde“, erklärt Axel Mayer, ehemaliger Geschäftsführer des BUND-Regionverbands Südbaden-Oberbaden. Die erste Demo gegen ein französisches AKW fand am 12. April 1971 in Fessenheim statt. „Die Stimmung im Deutschland der 60er Jahre war noch von unbegrenztem Wachstum und Fortschrittsglaube geprägt.“ Doch um 1970 sei die Öffentlichkeit kritischer geworden. Christoph Gurliß, Organisator der Endinger Mahnwache, erinnert sich, dass damals in seinem Physikstudium „immer von sauberer Energie gesprochen, die Gefahren aber meist ausgeblendet wurden.“ Mayer sagt im Rückblick, dass auch er selbst anfangs ein AKW-Befürworter gewesen sei. Doch als er 1974 zur Umweltbewegung hinzugestoßen sei und in Marckolsheim gegen den Bau eines hochligierten Betriebs demonstriert habe, sei er entsetzt aufmerksam geworden. Die Umweltbewegung habe in dieser Zeit einen Höhepunkt gehabt. Die Proteste in Marckolsheim wie auch gegen den Bau des AKW in Wylb seien auch von bürgerlich-konservativen Menschen getragen worden. „Studierende kritisierten dazu viel in den Vorlesungen mit „das richtige Mischverhältnis“, sagt Mayer. Wichtig beim grenzüberschreitenden Widerstand damals sei die Einbindung der Regionalkultur auf beiden Seiten des Rheins gewesen.

Bekanntermaßen waren die Proteste und Bauplatzbesetzungen der Menschen in Wylb und Marckolsheim vom Erfolg gekrönt. „Weniger bekannt ist, dass damals auch weitere AKW im Elsass und in der Schweiz

beim Basel verhindert wurden“, so Mayer. Die Anti-Atomkraftbewegung sei sehr stark gewesen. In Frankreich in Malsévillo ging die Polizei mit brutalen Mitteln gegen die Proteste vor. Die Verhinderung des AKW-Baues in Fessenheim war den Aktivisten der Umweltbewegung jedoch nicht mehr möglich. „Das Gebiet war früh hermetisch abgegrenzt und gesichert, Widerstand mit Besetzung wie in Wylb war undenkbar“, erklärt Mayer. Im März 1977 wurde in Heiteren die Baustelle des Strecken nicht mehr zugänglich. Hochspannungsmasten für die Stromleitung des in Fessenheim produzierten Atomstroms besetzt. Das, und auch der große Hungerstreik französischer Umweltaktivisten in der Gemeinde, konnte die Inbetriebnahme nicht verhindern. Einen kleinen Erfolg gab es dennoch. „Mit den Aktionen wurde die Gründung der ersten französischen Konsumkooperationen erwirkt.“ Einen großen Erfolg erzielte die Atomkraftgegner 1977: Die elassisch-badische Bevölkerung verhinderte mit einer Bauplatzbesetzung den Bau des AKW Gersheim bei Straßburg.

Gefahren

Mit der Inbetriebnahme des AKW Fessenheim im Jahr 1977 begann die große Gefahr für die Menschen am Oberrhein. Mayer: „Menschen starben bei der Gewinnung von Uranerz. Über den Schornstein und das Abwasser wurde ständig Radioaktivität abgeben.“ Auf die Gefahren eines AKW aufmerksam geworden. Die Umweltbewegung habe in dieser Zeit einen Höhepunkt gehabt. Die Proteste in Marckolsheim wie auch gegen den Bau des AKW in Wylb seien auch von bürgerlich-konservativen Menschen getragen worden. „Studierende kritisierten dazu viel in den Vorlesungen mit „das richtige Mischverhältnis“, sagt Mayer. Wichtig beim grenzüberschreitenden Widerstand damals sei die Einbindung der Regionalkultur auf beiden Seiten des Rheins gewesen.

In Fessenheim selbst gab es schon relativ früh Risse im Reaktor, der Deckel musste ausgetauscht werden. „Das war ein Baustopp für ein halbes Jahr. Die Reaktoren wurden geschlossen, es ist mit hohen Ausfällen in 2. Quartal zu rechnen.“ 120.000 Euro stehien hier im Raum, beim Gemeindezentral der Einkommenssteuer in einem Minus von 196.000 Euro zu rechnen. Ausfälle in Höhe von insgesamt 9.000 Euro sind bei Kartaxe, Benutzungsgebühren und Verwaltungsgebühren zu verzeichnen. Im April, Mai und Juni wurden die Elternbeiträge, sofern die Kinder nicht in der Notbetreuung waren, ausgesetzt. Das bedeutet Mindererträge von 48.000 Euro für die Kom-

munale. Die Corona-Nothilfe des Land Baden-Württemberg beläuft sich hier im Gegensatz auf 39.000 Euro. Außer gewöhnliche Aufwendungen in Höhe von 4.000 Euro hatte Sasbach Corona-Bedingung für Schutzmateral. Da der Haushalt auf Kante gelaufen sei und viele freiwillige Leistungen der Kommune entfielen, seien die Mindererträge von rund einer halben Million Euro nicht zu unterschätzen. Scheiding sagt, dass eine Kreditaufnahme als Möglichkeit für die Gemeinde in Betracht käme. Mit Blick auf die Zukunft sagte der Bürgermeister: „Wenn die Wirtschaft nicht wieder richtig anspannt, dann werden wir auch 2021 und 2022 deutliche finanzielle Auswirkungen haben.“ Bund und Land würden zwar viel

wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

Wendepunkte Am 26. April 1986 explodierte der Reaktor IV des Atomkraftwerks Tschernobyl. 70 Prozent der infolge entstandenen radioaktiven Wolke gingen im nördlich gelegenen Weißrussland nieder. Drei Tschernobyl-entluden sich über Standorten, Mittel- und Ost- und Südost-Europa in Regenschauern. „Die Katastrophe war eine Bestätigung für den Widerstand, jetzt begannen auch viele AKW-Befürworter umzudenken“, erinnert sich Mayer. „Aber es ist, was man dies lokal auch gut in Wylb beobachten konnte, wo bis dahin die Pläne für ein AKW noch nicht endgültig geworben gewesen seien. Im Sommer 1986 wurde die Entscheidung für die Gefahr aussetzender, die auch von Fessenheim ausging. In den 90er Jahren ging der Prozess weiter. Die Demon und Aktionen seien über all die Jahre sehr friedlich, konstruktiv und grenzüberschreitend gewesen, betonten Mayer und Gurliß. 2009 beispielsweise sei Colmar im Zuge einer großen Demo gegen das AKW Fessenheim wie eine Festung abgeriegelt worden. „Von Seiten der AKW-Befürworter wurde versucht, Nationalismen zu schüren, das hat aber nicht funktioniert.“

Das entscheidende Ereignis, um die Abschaltung des AKW Fessenheim auch politisch voranzutreiben, war die Nuklearkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011. Mayer erinnert sich, dass bis dahin die Katastrophe der Ausstieg vom Atomstieg in Deutschland vorangetrieben wurde. „Der Widerstand hier war gut aufgestellt, im Gegensatz zu anderen Ländern mussten wir nicht bei null anfangen, um für den endgültigen Atomkraft-Ausstieg zu kämpfen.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel habe schnell realisiert, dass sich im Fukushima der Wind gedreht hatte und die große Mehrheit der Bevölkerung den Atomkraft-Ausstieg wollte. Kurz nach der japanischen Atomkatastrophe fand im Winterfest Kirschmann der erste grüne Ministerpräsident in Baden-Württemberg ins Amt. „Auch er brachte ein weiteres Umdenken in der Politik bezüglich Atomkraft“, sagt Gurliß, der mit der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiative (BEI) und der damals frisch gegründete BUND die weltweit erste Ausstellung zu alternativen Energien in Sasbach. Diese sei zwar im letzten Jahr nicht gewesen, die Veranschaulichung wuchs aber in den folgenden Jahren

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.

und wandern nach Freiburg. Sie würden sich anerkennen. „Auf denfang bis es mit alternativen Energien könnten nur drei Prozent abgedeckt werden. Im ersten Quartal 2020 lagen die Erneuerbaren bei 55 Prozent. Anteil an der Nettoleistungszugang“, erklärt Gurliß. Hätte man schon in den 70er Jahren mehr Geld in die Forschung alternativer Energien gesteckt am Atin AKW, dann hätte man viel mehr erreichen können.



Anti-Atom-Protest war und ist ein wichtiger Teil der alemannischen Regionalkultur.
Foto: privat

den. Zu den Wahlversprechen des Politikers von der Sozialistischen Partei gehörte die Abschaltung Fessenheims.

Jahrelange Hängepartie

Durch die folgenden acht Jahre wurden zur Hängepartie. Hollande wollte das AKW Fessenheim bis 2016 vom Netz nehmen, hielt sein Versprechen aber nicht. Insgesamt wurden acht Termine für die Abschaltung genannt, es waren Wechsel der Gefühle“, sagt Mayer. Obwohl Deutschland als auch die Schweiz über jahrelang politischen Druck aus, um die Abschaltung zu erwirken. Auch die regionale und kommunale Politik setzte Impulse. „In den letzten zehn Jahren spielte Freiburgs Regierungspräsidentin Birbel Schlegel die große Rolle bei der Abschaltung von Fessenheim“, lobt Mayer.

Immer mehr Kommunen traten auch dem Trinationalen Atomschutzverband (TRAS) bei. Gurliß sagt dazu, dass auch die Landratsämter konstruktive Gesprächspartner gewesen seien, etwa wenn eine Anti-AKW-Demo angemeldet wurde. „Das war früher ganz anders und durchaus schwierig.“ Er meint, dass auch das EU-Parlament beim Thema Atomausstieg bereits früh viel weiter war als die nationalen Regierungen. Letztendlich war es Hollands Nachfolger Emmanuel Macron, der die Abschaltungspläne tatsächlich umkehrbar umsetzte.

Abschaltung und Zukunft

Die Abschaltung des 900-Megawatt-Druckwasserreaktors vom Block I im AKW Fessenheim erfolgte am 22. Februar. „Nach den Forderungen der Wylb wurde der Reaktor stillgelegt und haben nur einen Pflanzweg aufgemacht“, sagt Mayer augenzwinkernd. Die Sekundären würden definitiv erst am 30. Juni kühlen, wenn auch Reaktor Stillgelegt wurde. „Die Reaktor-Schließung ist kein Anlass für Triumph, gibt der Region am Oberrhein aber ein wenig mehr Stolz und ist Grund für Erleichterung“, erklärt Mayer, der auch der TRAS-Vizepräsident ist. Am 30. Juni wurde es Corona-bedingt statt des großen Festes verschiedene kleine Aktionen geben. Die Jahresthemenlagen Proteste der Menschen gegen das AKW Fessenheim hätten zwar eine gewisse Rolle gespielt bei der Abschaltung, meinen Gurliß und Mayer im Rückblick. Fürentscheidend erhalten beide aber letztendlich wirtschaftliche Faktoren. Mayer weist darauf hin, dass die EW stark verschlechtert sei. „Ihre Akte ist im Keller, die Märkte wenden sich ab von der Kernenergie.“ Ihre vielen AKWs liefen zwar noch, seien aber alt und stromunfähig. „In die Zukunft wurde nicht genügend investiert.“ Mittlerweile seien nicht nur die ökologischen, sondern auch die ökonomischen Argumente auf der Seite der AKW-Gegner. Sonstenergie sei mittlerweile billiger als Strom aus neuen AKW. Verständnis haben Gurliß und Mayer durchaus für die Beschäftigten des AKW Fessenheim, aber auch die Kommunen, die den Verlust von Arbeitsplätzen beklagen. „Man hat sich zu lange nicht auf die Abschaltung vorbereitet.“ Aber der Abriss schaffe in den nächsten 10 bis 20 Jahren viele Arbeitsplätze, was angesichts der hohen französischen Arbeitslosenquote wichtig sei. Und, „Frankreich hat gute Voraussetzungen für alternative Energien, es hat viel Sonne und Wind.“

Ende gut, alles gut in Fessenheim ab dem 30. Juni? So einfach ist es leider nicht. Sorge bereitet Mayer, dass es nur geringe Rücklagen für den Rückbau des AKW auf Seiten der EDF gebe. „Ein Billigabbruch muss verhindert werden. Die Gefahr eines Super-Gals sei mit der Abschaltung von beiden Reaktoren erstmals bedingt. Aber nach der Abschaltung beider Reaktoren bleibe die Gefahr eines schweren Atomunfalls noch drei bis vier Jahre bestehen, bis auch die schlecht gesicherten „Abfallberge“ entfernt seien. „Man muss schauen, dass beim Abruch keine Radioaktivität austritt“, sagt Gurliß. Gemeinsam mit den französischen Freunden würde man den Prozess aufmerksam begleiten. Nicht zu vergessen sei: „Der in Fessenheim produzierte Atomstill wird noch rund eine Million Jahre strahlen und unzählige Generationen gefährden.“ Die Fülle hochgenutzter und Umweltbewegung auch nach den Erfolgen in Wylb, Gerstheim, Kaiseraugst und Fessenheim nicht – in ihren Fokus rücken nicht ihr Ziel der mandanten Schweizerische AKW in Bessau und Leibstadt.

Nicht zu unterschätzende Mindereinnahmen

Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie im Gemeinderat Sasbach erläutert

Sasbach (bos). In der letzten Gemeinderatsitzung informierte Bürgermeister Jürgen Scheiding das Gremium darüber, wie sich die Corona-Pandemie auf die Finanzen der Gemeinde auswirkt. Nach den vorläufigen Schätzungen belaufen sich die Mindereinnahmen auf rund eine halbe Million Euro.

Scheiding betonte, dass die Gemeinde trotz der Entwicklungen in den letzten Monaten auf das Mittel der Haushaltssperre verzichten wollte. „Wir wissen finanzielle noch immer nicht genau, wohin es geht.“ Im April, Mai und Juni wurde die Gewerbesteuer sei schwer kalkulierbar, Kämmerer Christian Hess rechnet mit einem Minus gegen über dem Haushaltsansatz von 120.000

Euro. Eventuell erhält die Gemeinde hier einen finanziellen Ausgleich über das Konjunkturpaket von Bund und Land. Bauschm erzen machen dem Bürgermeister die Ausfälle bei der Vermögenssteuer, „Das Casino hatte drei Monate geschlossen, es ist mit hohen Ausfällen in 2. Quartal zu rechnen.“ 120.000 Euro stehen hier im Raum, beim Gemeindezentral der Einkommenssteuer in einem Minus von 196.000 Euro zu rechnen. Ausfälle in Höhe von insgesamt 9.000 Euro sind bei Kartaxe, Benutzungsgebühren und Verwaltungsgebühren zu verzeichnen. Im April, Mai und Juni wurden die Elternbeiträge, sofern die Kinder nicht in der Notbetreuung waren, ausgesetzt. Das bedeutet Mindererträge von 48.000 Euro für die Kom-

munale. Die Corona-Nothilfe des Land Baden-Württemberg beläuft sich hier im Gegensatz auf 39.000 Euro. Außer gewöhnliche Aufwendungen in Höhe von 4.000 Euro hatte Sasbach Corona-Bedingung für Schutzmateral. Da der Haushalt auf Kante gelaufen sei und viele freiwillige Leistungen der Kommune entfielen, seien die Mindererträge von rund einer halben Million Euro nicht zu unterschätzen. Scheiding sagt, dass eine Kreditaufnahme als Möglichkeit für die Gemeinde in Betracht käme. Mit Blick auf die Zukunft sagte der Bürgermeister: „Wenn die Wirtschaft nicht wieder richtig anspannt, dann werden wir auch 2021 und 2022 deutliche finanzielle Auswirkungen haben.“ Bund und Land würden zwar viel

Gold für Konjunkturpakete ausgeben, „aber ich bin gespannt, was das zurückzahlen soll.“

Trotz der durch die Corona-Krise finanziell angespannten Lage beschlossen der Gemeinderat, die Kinderbetreuungskosten nach dem April auch für die Monate Mai und Juni auszusetzen. Ausgenommen davon sind die Elternbeiträge für die Notbetreuung, die sich an den Gebühren orientieren und anteilig erhoben werden. Nachdem das Land grünes Licht gegeben hat, sollen Kids und Grundschulkind ab dem 29. Juni wieder in die Kegelbahn gehen. „Es gibt noch einige organisatorische Hürden, aber wir wollen fröhlich wieder bereit sein“, so Scheiding. Die Einrichtung eines gemeinsamen Ge-

meindevollzugsdienstes mit den Gemeinden Bahlingen und Riegel nimmt konkrete Formen an, voraussichtlich ab August geht es los. Damit die Prädistituation in der Gemeinde verbessert werden könnte, um die Eröffnungsbilanz der Kommune erstellen zu können. „Wir stellen spannende Dinge fest. Manches ist das, was es nicht mehr gibt und andere, die wir wieder einführen“, erklärt Scheiding. Der Gemeinderat sieht Weichenstellungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz vor, so Scheiding stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, dass ein Anspruch zu nehmen. So können einige Posten nach Durchschnitts- und Erfahrungswerten berechnet werden. Die Einrichtung eines gemeinsamen Ge-

meindevollzugsdienstes mit den Gemeinden Bahlingen und Riegel nimmt konkrete Formen an, voraussichtlich ab August geht es los. Damit die Prädistituation in der Gemeinde verbessert werden könnte, um die Eröffnungsbilanz der Kommune erstellen zu können. „Wir stellen spannende Dinge fest. Manches ist das, was es nicht mehr gibt und andere, die wir wieder einführen“, erklärt Scheiding. Der Gemeinderat sieht Weichenstellungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz vor, so Scheiding stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, dass ein Anspruch zu nehmen. So können einige Posten nach Durchschnitts- und Erfahrungswerten berechnet werden. Die Einrichtung eines gemeinsamen Ge-

meindevollzugsdienstes mit den Gemeinden Bahlingen und Riegel nimmt konkrete Formen an, voraussichtlich ab August geht es los. Damit die Prädistituation in der Gemeinde verbessert werden könnte, um die Eröffnungsbilanz der Kommune erstellen zu können. „Wir stellen spannende Dinge fest. Manches ist das, was es nicht mehr gibt und andere, die wir wieder einführen“, erklärt Scheiding. Der Gemeinderat sieht Weichenstellungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz vor, so Scheiding stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, dass ein Anspruch zu nehmen. So können einige Posten nach Durchschnitts- und Erfahrungswerten berechnet werden. Die Einrichtung eines gemeinsamen Ge-